

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

2.5.1928 (No. 103)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasirabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Betreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Zur Auslese des Berufsnachwuchses

Die Öffentlichkeit und insbesondere die Wirtschaftsverbände beschäftigen sich in den letzten Jahren in ständig steigendem Maße mit der Frage der Berufseignungsprüfungen, ihren Vor- und Nachteilen. Es dürfte daher eine Schilderung der Gesichtspunkte von Interesse sein, die den Prüfungen und Prüfmethoden der Berufsberatungsstellen bei den Arbeitsämtern in Unter- und Mittelbaden zugrundeliegen. Die systematische Durchführung von Eignungsprüfungen durch die Arbeitsämter in Oberbaden war bisher bedauerlicherweise noch nicht möglich. Doch sind auch hier Ansätze vorhanden, und es steht zu hoffen, daß im nächsten Winter die Abnahme der Prüfungen allgemein wird erfolgen können. Die Eignungsprüfungen sind den Berufsberatungsstellen allerdings nicht etwa das einzige Mittel zur Beurteilung des jugendlichen Berufsamäters, sondern ein Hilfsmittel unter anderen. Daneben steht die Bewertung des Urteils von Elternhaus, Schule und Schularzt und des persönlichen Eindruckes des Berufsberaters von dem Jugendlichen. Eine gewisse Bedeutung aber wohnt den Eignungsprüfungen doch inne, selbst wenn gelegentlich Fehlurteile vorkommen. Diese sind noch kein Grund, die Prüfungen überhaupt zu verwerfen. Auch dem Arzt unterlaufen wohl einmal Irrtümer, ohne daß etwa deswegen die ärztliche Kunst gänzlich abgelehnt wird.

Man hat eingewandt, die Probezeit sei für den Lehrling die beste Eignungsprüfung. Ohne Zweifel gibt die Probezeit dem Arbeitgeber Gelegenheit, den jungen Lehrling recht gut kennenzulernen und vielfach auch festzustellen, ob er für seinen Beruf und für seinen Betrieb geeignet ist. Wieviel Zeit und Mühe aber muß oft während der Probezeit aufgewandt werden, bis der Arbeitgeber erkannt hat, daß der betreffende Jugendliche für seine Arbeit nicht taugt! Wieviel Ärger und Geldverlust hat der Meister, wieviel Unlust und Niedergedringtheit der Lehrling zu ertragen! Dies alles wäre bei einer vorher vorgenommenen Eignungsprüfung in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle zu vermeiden gewesen. Die Probezeit soll selbstverständlich auch in Zukunft so wie bisher bestehen bleiben; aber die Voranlese durch die Eignungsprüfung kommt Lehrmeistern und Jugendlichen zur möglichst Vermeidung von Enttäuschungen zu Hilfe.

Es wird nun vielleicht gefragt werden, warum die Eignungsprüfungen wirklich Vorteile bieten, diese Prüfungen durch die Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter und nicht von den Wirtschaftsverbänden selbst abgenommen würden. Vereinzelt prüfen wohl auch große Industriefirmen oder handwerkliche Organisationen. Doch fehlt es an der genügenden Zahl vorgebildeter Prüflinge. Es ist selbstverständlich, daß die Prüfungen im Hinblick auf die Bedeutung, die ihr Ausgang durchaus für die Berufswahl hat, nur in wissenschaftlich durchaus einwandfreier Weise erfolgen dürfen.

Von den unter- und mittelbadischen Arbeitsämtern werden die Prüfungen unter Anleitung und Aufsicht der psychologischen Institute an der Handelshochschule Mannheim bzw. an der Technischen Hochschule Karlsruhe durchgeführt. Damit ist der Forderung nach einer wissenschaftlichen Grundlage der Prüfungen Rechnung getragen. Zu berücksichtigen ist ferner die Finanzierungsfrage. Die Arbeitsämter und die ihnen angegliederten Berufsberatungsstellen werden bekanntlich aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte für die Arbeitslosenversicherung bezahlet. Die wirtschaftlichen Organisationen und die einzelnen Arbeitgeber sind somit an der Benutzung der von ihnen selbst finanzierten Einrichtungen lebhaft interessiert.

Noch ein weiterer Gesichtspunkt ist in diesem Zusammenhang größter Beachtung wert, das ist die Frage, was mit denjenigen Jugendlichen geschehen soll, die sich in der von einem Arbeitgeber oder einem Wirtschaftsverband abgenommenen Prüfung als nicht oder weniger tauglich für einen bestimmten Beruf erweisen. Naturgemäß möchte jeder Beruf nur den allerbesten Nachwuchs haben. Wo aber sollen die Tausende und Zehntausende von Jugendlichen bleiben, die eben nicht überdurchschnittlich begabt sind und doch auch in der Wirtschaft eingegliedert werden müssen? Ihre Stärken suchen die Berufsberatungsstellen herauszufinden, um ihnen dann zu denjenigen Berufen zu raten, für die sie ihren Anlagen nach am geeignetsten erscheinen. Dabei bleibt selbstverständlich dem Jugendlichen und seinen Eltern durchaus die freie Entscheidung überlassen, ob sie diesen Rat befolgen wollen.

In Mittelbaden schließt sich an diese Eignungsprüfung auf Wunsch von Prof. Dr. Friedrich von der Technischen Hochschule Karlsruhe noch eine Fähigkeitsprüfung an. Sie erstreckt sich über den Zeitraum von 1/2 Jahr und erfährt die Jugendlichen wöchentlich je einen Nachmittag. Daß die Abnahme der Eignungsprüfungen durch die Berufsberatungsstellen einem Bedürfnis entgegenkommt, erhellt daraus, daß vielfach nicht nur einzelne Arbeitgeber, sondern in immer wachsender Zahl geschlossene Innungen Lehrlinge nur noch nach vorhergegangener Eignungsprüfung durch die Berufsberatungsstelle annehmen. Im Winter 1926/27 dürften es schätzungsweise 1000 Prüflinge gewesen sein. In diesem Winter wird sich die Zahl voraussichtlich etwa verdreifachen. Auf diese Weise ergibt sich naturgemäß ein umfassendes Vergleichsmaterial, das geeignet ist, die weitere Ausgestaltung der Prüfungen sehr günstig zu beeinflussen.

Der Streit bei der Rheinschiffahrt

W. D. Duisburg, 2. Mai. (Tel.) Seit heute vormittag liegt die ganze deutsche Rheinflotte still. Die Schiffe sind überall auf der Reise angehalten und außer Fahrt gesetzt worden. In den Hafengebieten wurde heute morgen noch gearbeitet; für heute nachmittag sind jedoch Versammlungen der Hafenedirektoren einberufen worden, in denen über eine Unterstützung des streikenden Schiffspersonals beschlossen werden soll.

Letzte Nachrichten

Der Kellogg-Pakt

M. Berlin, 2. Mai. (Priv.-Tel.) Die Aufnahme der deutschen Note in Amerika ist ungewöhnlich freundlich. Besonders betonen die Blätter die Tatsache, daß das Staatsdepartement sie in vollem Wortlaut ohne jeden Kommentar veröffentlicht hat, was die volle Zustimmung zeige. „New York Herald“ glaubt, daß die übrigen Mächte nun nicht lange zögern werden, auch ihrerseits in Verhandlungen einzutreten, und „Chicago Tribune“ rechnet damit, daß Italien, Japan und England in gleichem Sinne wie Deutschland sich aussprechen werden, was allerdings übertrieben optimistisch erscheint. Das Blatt glaubt, daß Frankreich dann isoliert und gezwungen sein werde, sich diesem Spruch anzuschließen.

Die französische Regierung nach den Wahlen

M. Berlin, 2. Mai. (Priv.-Tel.) Das französische Kabinett wird vorläufig keine Umbildung erfahren, da man von der Kammer erwartet, daß sie bis zu ihrem Zusammentritt am 1. Juni noch erhebliche Umbildungen aufweisen werde. Es finden bereits Verhandlungen über den Zusammenschluß der Gruppen Loucheur und Franklin Bouillon statt, die dann eine 150 Mann starke Abgeordnetengruppe bilden würden. Auch geht die Bildung der neuen Gruppe auf der Rechten weiter. Es wird angenommen, daß nur Fallières, der infolge seiner Wahlüberlage auscheiden muß, sein Resignat abgibt. Wahrscheinlich wird es Cardonnet zunächst provisorisch verwalten. Es scheint sich zu bestätigen, daß Poincaré das Schwergewicht weiter nach links verlegen will.

Stresemann über den Besuch Birkenheads

W. D. Köln, 2. Mai. (Tel.) Die „Königliche Zeitung“ veröffentlicht eine Unterredung mit Dr. Stresemann, in der dieser sich über den Berliner Besuch Lord Birkenheads folgendermaßen äußert: Ich habe Gelegenheit gehabt, Lord Birkenhead während seines Aufenthaltes in der Reichshauptstadt zweimal zu sehen und einmal mit ihm sehr ausführlich über die Beziehungen zwischen England und Deutschland zu sprechen. In dieser Besprechung ist der von einer gewissen Presse dem Minister zugeschriebene Versuch, ein englisch-französisch-deutsches Abkommen mit einer Spitze gegen Rußland zu begründen, in keiner Weise gemacht oder auch nur gestreift worden. Mir ist auch nicht das Geringste davon bekannt, daß dieser Versuch irgendeiner anderen verantwortlichen Stelle gegenüber gemacht worden sei. Wie Lord Birkenhead persönlich zu diesen Fragen eingestellt sei, und ob er dieser seiner persönlichen Einstellung in Privatgesprächen Ausdruck gegeben hat, muß ihm im übrigen selbstverständlich freistehen. Ich kann nur mit Dank feststellen, in welcher herzlicher Weise der englische Minister in seinen beiden Tischeden und in seinen Unterhaltungen dem Wunsch Ausdruck gegeben hat nach einer Zusammenarbeit zwischen England und Deutschland und nach Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen seinem Lande und uns. Der Besuch ist nicht nur ohne jeden Mißklang verlaufen, sondern hat, wie ich glaube, zur Abmilderung vieler persönlicher Beziehungen geführt, die dem Verhältnis und der Politik beider Länder nützlich sein können. Umso mehr bedauere ich, daß der Besuch nachträglich diesen unbegründeten Kommentaren ausgesetzt war.

Der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure

M. Berlin, 2. Mai. (Priv.-Tel.) Der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure in Moskau wird nunmehr in der zweiten Hälfte des Monats stattfinden. Der von der A.G. bestellte deutsche Rechtsanwält Muntze, Braunschweig, der als Sachwalter dienen soll, da ein deutscher Verteidiger nicht zugelassen worden ist, hat von der Sowjetregierung das Einreisevisum erhalten.

Der Verfassungs-Ausschuß

M. Berlin, 2. Mai. (Priv.-Tel.) Der von der Reichsregierung eingesetzte Verfassungsausschuß ist zum 4. Mai nach Berlin einberufen worden.

Ungarn fordert Auslieferung Bela Rhuns

W. D. Budapest, 2. Mai. (Tel.) Die ungarischen Behörden haben auf Grund des Reziprozitätsvertrages zwischen Ungarn und Österreich das Auslieferungsbegehren für Bela Rhun gestellt.

Umbildung des japanischen Kabinetts. Das japanische Kabinett hat eine Reihe von Personalveränderungen beschlossen. Wie verlautet, werden der Innenminister und eine Anzahl anderer leitender Beamten zurücktreten. Mehrere führende Zeitungen hatten den Austritt des Innenministers verlangt, weil die Polizei Pressvertreter, die an einer kürzlich abgehaltenen sozialistischen Versammlung teilnahmen, mißhandelt hatte.

* Die französischen Wahlen

Die Franzosen sind zu beneiden. Sie haben sich eine Wahl geleistet, nach deren Ergebnis jede Partei versichert, sie habe gesiegt. Wie lange dieser Glaube anhalten wird, das ist allerdings eine andere Frage. Frühestens wird man bei der Konstituierung der Fraktionen in der Kammer feststellen können, wie stark denn nun eigentlich die einzelnen Parteien sind. Einstweilen darf sich — mit Ausnahme der Kommunisten — jede Partei dem frohen Gefühl hingeben, daß sie bei den jetzigen Wahlen recht gut abgeschnitten habe.

Diese Unsicherheit in der genauen Bezifferung der Fraktionsstärken erklärt sich aus der schon neulich besprochenen Tatsache, daß die diesmaligen Wahlen hauptsächlich durch innerpolitische bzw. lokalpolitische und auch durch rein persönliche Gesichtspunkte bestimmt waren. Erst dann, wenn die Kammer eröffnet ist, werden die einzelnen Abgeordneten offen und vor aller Welt ihren Platz wählen. Bis dahin wird der Streit über das Resultat hin- und hergehen.

Bezeichnenderweise ist sogar die amtliche Resultatliste des Innenministeriums berichtigt worden. Aber auch sie scheint noch nicht einwandfrei zu sein. Denn nach den statistischen Aufstellungen der radikalsozialen Partei ergibt sich wiederum ein ganz anderes Bild. Immerhin hätte die Gruppe der Rechtsrepublikaner (Gruppe Marin) gegen 1924 auch nach der Statistik der Radikalsozialen 11 Mandate erobert (nach der offiziellen Statistik 23 Mandate). Die Linksrepublikaner und Demokraten hätten gleichfalls Mandate hinzugewonnen, nämlich 12, nach der offiziellen Statistik sogar 21. Die Radikalsozialen selbst haben nach ihrer eigenen Berechnung gegen das Jahr 1924 7 Mandate verloren, nach der offiziellen Berechnung 15. Bei den republikanischen Sozialisten und den Sozialisten ist keine Verschiebung von Bedeutung eingetreten. Sie haben 145 Mandate gegenüber 146 im Jahre 1924. Dagegen haben die Kommunisten ein Duzend Mandate verloren.

Dieser Verlust der Kommunisten ist um so bemerkenswerter, als das Wahlergebnis im einzelnen zeigt, wie sehr die Partei bereits auch in jene Wahlkreise und Unterbezirke eingedrungen ist, die bisher kommunistische Stimmen so gut wie gar nicht aufzuweisen hatten. Im ganzen kann man sagen, daß die Stichwahl zumgunsten der Kommunisten ausgefallen ist; sie waren die eigentlichen Leidtragenden dabei. Und was die übrigen Parteien tun konnten, um sie bei der Stichwahl schlecht abschneiden zu lassen, haben sie getan. Die Kommunisten werden auch weiterhin in Frankreich ein bedenklicher Herd der Unruhe sein. Aber in der Kammer selbst wird ihr Einfluß mit 14—16 Mandaten gleich Null sein.

Sehr wenig erfreulich für die französische Regierung ist der Ausfall der Stichwahlen im Elsaß. Die Autonomisten haben einen glänzenden Sieg errungen. Und es will immerhin etwas befremden, wenn man sieht, daß die gewählten autonomistischen Abgeordneten solche Persönlichkeiten sind, die in Untersuchungshaft sitzen bzw. sich jetzt vor dem Schwurgericht in Colmar zu verantworten haben.

Bei aller Vorsicht läßt sich auch heute schon ein summarisches Urteil über den Ausfall der französischen Kammerwahlen abgeben. Niemand wird bestreiten können, daß die Rechte einen gewissen Zuwachs an Mandaten erhalten hat, und zwar auf Kosten der Radikalsozialen. Groß ist dieser Zuwachs jedoch nicht. Wahrscheinlich wird die Rechte über eine einigermaßen zuverlässige Mehrheit in der Kammer nicht verfügen. Insofern hat die Linkspresse recht, wenn sie betont, daß die Parteien der Demokratie ihre Stellung behauptet haben. Die Republik, der soziale Fortschritt und die Politik des Friedens und der Verständigung seien auch in der neuen Kammer ausreichend gesichert.

Was die Person Poincarés betrifft, so steht sie nach wie vor im Mittelpunkt der französischen Politik. Wie man auch das Wahlergebnis deuten und beurteilen mag, Poincaré ist und bleibt der führende Staatsmann Frankreichs, und seine Stellung ist durch das Ergebnis der Wahl eher noch befestigt worden. Seine Politik dürfte nach allem, was darüber in letzter Zeit berichtet worden ist, eine ausgleichende Politik der Mitte sein. Man spricht davon, daß sich von der rechtsrepublikanischen Gruppe Marin eine besondere Parteigruppe ablösen wird, die unter der Führung eines speziellen Freundes von Poincaré steht und ihm treue Gefolgschaft

bei der Durchführung seiner Politik der mittleren Linie leisten wird. Aber allem Anschein nach wird mit Ausnahme der Sozialisten und der Kommunisten wohl überhaupt gar keine Partei daran denken, in Opposition zu Poincaré zu treten. Er beherrscht die Situation.

Nutzt er diese seine Stellung im Sinne seiner letzten Wahlreden aus, so wird das Ergebnis der französischen Kammerwahlen Deutschland nicht zu beunruhigen brauchen. Inzwischen lesen wir auch, daß Briands Befinden sich allen Erwartungen zum Trotz wieder gebessert hat. Ein wieder gesunder Briand wird wohl auch wieder Außenminister sein. Und dagegen können wir vom Standpunkte der deutschen Interessen gewiß nichts einwenden.

Der 1. Mai

Die Feier des 1. Mai ist im ganzen Reich nach den bisher bekanntgewordenen Meldungen durchaus ruhig verlaufen. Auch in Berlin, wo die sozialdemokratischen und kommunistischen Verbände offizielle Maifeiern veranstalteten, war es ruhig. Von 10 Uhr vorm. ab bewegten sich endlose Züge mit Maifeiernden unter Vorantritt von Musikkapellen und unter Mitführung von roten Fahnen, Schildern und Emblemen durch die Straßen. An den Straßenkreuzungen kam es mehrfach zu Verkehrsstörungen. Nachmittags und abends fanden in zahlreichen Lokalen in allen Stadtteilen Berlins künstlerische und sportliche Vorstellungen, Kinderbelustigungen, Fackelzüge usw. statt. An der Maifeier beteiligten sich auch die technischen Arbeiter und Angestellten der Druckereien, so daß die Tageszeitungen nicht erscheinen konnten. — Im hamburgischen Staatsgebiet herrschte am 1. Mai als offiziellem Feiertag völlige Arbeitsruhe. Die Kommunisten versammelten sich morgens auf der Moorweide. Ihre Teilnehmerzahl wird polizeilich auf 18 000 geschätzt. Die Kundgebung der SPD. fand nachmittags im Stadtpark statt.

In Wien kam es am Opernring zu Auseinandersetzungen, die in Tätlichkeiten ausarteten, bei denen mehrere Personen leichte Verletzungen erlitten.

Die Feiern in der Schweiz verliefen in gewohntem Rahmen. In Bern beanpruchte der Vorheimarsch eine halbe, in Zürich eine ganze Stunde. In Zürich waren zum ersten Male die Gebäude der politischen Gemeinde besetzt und zwar in den Züriker und Schweizer Farben. In Basel veranstalteten die beiden Gewerkschaftskartelle (das sozialdemokratische und kommunistische) getrennte Kundgebungen.

Das Stadtbild von Paris wies am 1. Mai kein besonderes Gepräge auf. Von den Verkehrsmitteln streikten nur die Autobusse. Das Geschäftsleben ging seinen normalen Gang. Auch in den Vororten mit starker Arbeiterbevölkerung machte sich der 1. Mai wenig bemerkbar, hauptsächlich deshalb, weil nur ein kleiner Teil der Betriebe die Pforten geschlossen hatte. Die Zahl der Verhaftungen in Paris, die zum größten Teil wegen Zuwiderhandlungen gegen die Verkehrsverordnungen und Behinderung Arbeitswilliger erfolgten, belief sich auf 165, darunter einige Ausländer.

In Warschau kam es, wie im letzten Jahre, zu Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, wobei auch geschossen wurde. Nach den letzten Meldungen sind vier Personen getötet, 280 verletzt, davon 40 schwer, und 56 verhaftet worden. In Sosnowice wurden drei Polizisten verletzt. Ein Kommunist wurde durch einen Bajonettschlag getötet. In Lemberg wurden elf Polizisten durch Steintwürfe der Kommunisten verletzt.

In Moskau begann die Maifeier mit einer Militärparade auf dem Roten Platz, die der Kriegskommissar Boroisilow im Beisein der Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Korps abnahm. Sodann fand eine Kundgebung statt, an der — nach einer Meldung aus Moskau — Millionen teilnahmen.

Zum Wahlausfall in Elsaß-Lothringen

Unter dem Eindruck der Kammerwahlen schreibt die „Lothringer Volkszeitung“ in Metz, das Hauptorgan der Katholiken Lothringens, u. a.: Pflicht der Regierung muß es sein, einen vollständigen Kurswechsel in ihrer bisher in Elsaß-Lothringen verfolgten Politik vorzunehmen. Wenn es allein in Lothringen 46 000 Wähler gibt, die für ein Programm mit der Forderung des Selbstbestimmungsrechtes den Stimmzettel in die Urne legen, muß die Regierung wissen, woran sie sich hält. Der notwendig gewordene Kurswechsel aber kann nur in der loyalen Berücksichtigung der Seele und der Lebensnotwendigkeiten des elsass-lothringischen Volkes liegen. Geschicht das nicht, dann wird es in vier Jahren noch schlechtere Wahlen geben. — Der „Elsässische Kurier“ in Colmar führt aus: Die Wahlen sind das Resultat einer verfehlten Politik. Man muß verblendet sein, um dies nicht anzuerkennen und einzugehen. Sie sind die Antwort des Volkes auf alle die Affären der neueren Zeit, beginnend von den Sanktionen gegen die Unterzeichner des Heimattmanifestes bis zu den Massenhaftungen am Weihnachtsabend und den Verhaftungen an Neujahr zu den aufgekauften Affären, Sapartaffäre, Spionageaffäre, Komplottaffäre, bis zur Unterdrückung der deutschsprachigen Zeitungen und zur Pressezensur, bis zu den Wahlen, den Maßnahmen der „starken Hand“.

Das „Journal d'Alsace et de Lorraine“ schreibt: Überall hat sich die elsässische Bevölkerung durch die trügerischen Verspiegelungen des Autonomismus verführen lassen, die der Klerus seit Monaten unterhält. — Das „Journal de l'Est“ in Straßburg schreibt: Nur um Opposition zu machen und aus dem Wunsche, die Regierung zu ärgern, haben Tausende von Wählern für Männer gestimmt, deren Wahl schon heute in der ganzen Welt als der Ausdruck einer beinahe aggressiven Absicht, jedenfalls aber einer böswilligen Absicht erscheinen.

Der elsässische Kurier des Abbé Gaegy berichtet, daß in der Nacht auf Sonntag, also vor dem zweiten Wahltage, Gegner des Dr. Nidlin in Automobilen ein von ihnen hergestelltes Plakat in rotweißschwarzen Farben anschlagten wollten, das einen ebenfalls gefälschten Aufruf Nidlins trug, in dem es hieß: Was deutsch war, muß deutsch bleiben! Parole unseres Präsidenten von Hindenburg! In wenigen Jahren werden uns unsere deutschen Brüder betreiben! Dr. Nidlin! Von dieser Wahlmache hätten die Wahlagenten Nidlins Kenntnis erhalten. Sie hätten vier Herren erlappt und nach einem Handgemenge überwältigt. Die vier Herren hätten ihre Namen genannt, um Verzeihung gebeten und gestanden, daß sie eine Niederträchtigkeit begangen hätten.

König Aman Allah hat Warschau auf der Reise nach Moskau verlassen. Auf dem Bahnhof nahm der König Abschied vom Staatspräsidenten. Vor der Abreise hatte er zugunsten der Armen der Stadt Warschau 600 Pfund Sterling gestiftet.

Der Autonomistenprozess in Colmar

Der erste Verhandlungstag

Die Dienstagvormittagsitzung über deren Beginn bereits berichtet wurde, war mit der Verlesung der Anklageschrift ausgefüllt. Die Verlesung erfolgte in französischer und deutscher Sprache, nachdem 13 Angeklagte erklärt hatten, nicht genügend französisch zu verstehen, um auf einen Dolmetscher verzichten zu können. Die Anklage umfaßt 15 Schreibmaschinenseiten, und bringt die bekannten Anschuldigungen.

In der Einleitung heißt es: „Die autonomistische Separatistenbewegung, die in Elsaß-Lothringen bereits vor dem Waffenstillstand von deutschen und deutsch-französischen Elsfässern geschaffen worden war, hat stets ein für die nationale Einheit außerordentlich gefährliches Ziel verfolgt, da sich ihre beständigen Anstrengungen auf einen vollkommenen Bruch zwischen Frankreich und den elsass-lothringischen Provinzen richtete. Alsdann folgten die der einzelnen Angeklagten zur Last gelegten Taten. Der Generalstaatsanwalt erhebt gegen die 22 Angeklagten Anklage, seit 1920 auf dem nationalen Gebiet und besonders in den drei Departements Oberelsaß, Unterelsaß und Mosel sich untereinander verständigt und beschlossen zu haben, die Regierung zu beseitigen, oder zu ändern, die Bürger oder Bewohner aufzureißen sich gegen die Behörden zu bewaffnen, wobei das so geschmiedete Komplott bereits in die Tat umgesetzt worden sei, bzw. vorbereitende Handlungen vorgenommen worden waren.“

Die Anklage rührt sich auf die Artikel 87 bis 89 des noch aus der Zeit der Monarchie stammenden Strafgesetzbuches, das für Handlungen zwecks Verwirklichung eines Komplotts gegen die Regierung als Strafe die Deportierung und für die Anstifter Gefängnis von 1 bis 5 Jahren vorsieht.

In der Nachmittagsitzung begann das Verhör des angeklagten Abgeordneten Nidlin, der vor allem seine spezifisch elsässische Gesinnung hervorhebt. In deutschen Kreisen habe man ihn als Querkopf bezeichnet. Er betone, daß er aus dem Prozeß rehabilitiert hervorgehen wolle. Vor dem Kriege habe er die übermäßige Verdeutschung Elsaß-Lothringens bekämpft, während man ihn jetzt von französischer Seite als Agenten der Germanisierung hinstelle. Er habe für einen elsässischen Autonomismus stets gearbeitet.

Der Vorsitzende stellte u. a. an Nidlin die Frage, ob es richtig sei, daß er zur Zeit der Kriegserklärung an den Vorsitzenden des Reichstages geschrieben habe. Er bedauere, daß er nicht mehr im Reichstag sitze, um für die Kriegskredite stimmen zu können. Nidlin erklärte darauf, daß eine Nichtannahme der Kriegskredite durch diesen oder jenen Abgeordneten gar nichts hätte verhindern können. Nidlin zitierte schließlich eine Äußerung des Regierungspräsidenten von Colmar, Putzhammer, der erklärt habe: Nidlin ist auch so einher, für den es höchste Zeit war, daß er sich in die deutsche Uniform anzöhen.“

Der „Elsässische Kurier“ veröffentlicht folgendes Schreiben der beiden neugewählten Abgeordneten Nasse und Nidlin, datiert vom 30. April Gefängnis in Colmar, das am Dienstag im Prozeß verlesen worden ist:

„Willkürlich in Haft gehalten, im Gefängnis von Colmar, nach einer standlosen Untersuchung, am Vorabend der Schwurgerichtsverhandlung, dem Regime des strengsten politischen Geheimnisses unterworfen, ohne eine Möglichkeit, mit jemandem verkehren zu können, jeder äußeren Stütze beraubt, sowie jeden Mittels, unsere Ideen auszudrücken zu können, nachdem wir in obiger Weise beleidigt worden sind in Straßburg durch den Regierungschef selbst, und jüngst noch durch den Präsidenten des Obertribunals als Kanakillende behandelt worden sind, im Not herumgezogen und eine von daß geltendete ultrachauvinistische Presse, ohne daß es uns möglich war, uns zu verteidigen mit irgendwelchen Mitteln, sind wir durch die elsässische Bevölkerung im ersten Wahlgang an die Spitze der Kandidaten gebracht worden.“ Nach einer Anspielung auf die Wahlen im zweiten Wahlgang schließt das Schreiben: „Allein gegen alle hinter den Mauern des Gefängnisses haben wir doch gestiegt. Das elsässische Volk hat sein Urteil gefällt, wir danken ihm!“

England und Ägypten

Die ägyptische Regierung hat, „um den englischen Wünschen entgegenzukommen“, die Beratung des Versammlungsgesetzes bis zur nächsten Parlamentsession vertagt. In der ägyptischen Antwort auf die englische Note wird zum Ausdruck gebracht, daß Ägypten zur Aufrechterhaltung guten Einvernehmens mit England alles mit feiner Befassung Vereinbare getan habe, die britischen Wünsche zu erfüllen, indem es die Beratung des „Versammlungsgesetzes“ bis zur nächsten Parlamentsession vertagte.

W.D. London, 2. Mai. (Tel.) In einer Rede erklärte Lord Birkenhead, es sei nutzlos, wenn Ägypten das Versammlungsgesetz lediglich bis zum November vertage. Ein Land mit der Verantwortung eines Weltreiches, mit Verpflichtungen gegenüber anderen Ländern gegenüber, ein Land unter dem Zwange der vitalen Notwendigkeit, in seinem eigenen Reiche seine Verbindungen aufrechtzuerhalten, könne einem solchen Gesetze niemals zustimmen. Er sei überzeugt, daß auch keine andere britische Regierung dieses Gesetz jemals billigen würde. Der Staatssekretär des Innern, Johnson Sids, sagte in einer Rede: Ägypten ist seit der Katastrophe mit anderen Nationen beherrscht worden. Die ägyptische Regierung hat mit England ein gefährliches Spiel getrieben. Sie hat es absichtlich darauf ankommen lassen, die Geduld Englands auf die Probe zu stellen. Man möge sich ganz klar darüber sein, daß, wenn die englische Regierung ein Ultimatum an die Regierung irgendeines anderen Volkes in der Welt richtete, das Ultimatum bedeute, daß England wisse, was es wolle, und daß das Land hinter der Regierung stehe.

Eine Entschädigung für die Witwe des getöteten Feldhüters Haas? Im englischen Unterhaus richtete Sir Robert Gathinson an den Staatssekretär für den Krieg die Anfrage, ob das Kriegsamt, ohne eine gesetzliche Verpflichtung anzuerkennen, als Gnadenakt der Witwe des durch drei britische Soldaten der Rheinarmee infolge eines unglücklichen Zufalles getöteten Feldhüters Haas eine Entschädigung bewilligen wolle. Sir Northington Evans erwiderte, er habe über diesen Fall Bericht eingeholt und werde in angemessener Zeit dem Fragesteller Mitteilung über das Ergebnis machen.

Ein Nachspiel zur Münchener Stresemannversammlung. Gegen die Nationalsozialisten, die an der Störung der Stresemannversammlung in München beteiligt waren, wird Strafanzüge wegen groben Unfuges erstattet werden. Die „Tägliche Rundschau“ versichert, daß die Niederbrüderung Stresemanns in München nicht nur das Werk der Hitlerbanden gewesen sei. Vielmehr hätten auch „Leute der Gesellschaft“, Mitglieder der Deutschnationalen und des Alldeutschen Verbandes sich beteiligt. Die Generale v. Zlabner und v. Krauß hätten den Stempel mit dirigiert und durch das Abdrücken der Lieder und die Lärmjungen geleitet.

Die „Bremen“-Flieger in New York

Das Bankett der Stadt New York

W.D. New York, 2. Mai. (Tel.) Das Bankett der Stadt New York im Hotel Commodore brachte erneute herzliche Kundgebungen für die „Bremen“-Flieger und auch für den deutschen Botschafter, der von Bürgermeister Walker als ein nicht mehr unbekannter Gast vorgestellt wurde. Der Botschafter äußerte die Hoffnung, daß der Flug der „Bremen“ ein bleibendes Band der Freundschaft schaffen möge. — Gouverneur Smith telegraphierte Grüße namens des Staates New York, wobei er bemerkte, die Leistung der „Bremen“-Flieger sei ein Symbol für den internationalen guten Willen der Verständigung, die das einzige Mittel zur Lösung der Weltprobleme darstelle. — Generalmajor Gastell, der Vertreter des Gouverneurs von New York, Smith führte diesen Gedanken in einer längeren Rede aus, ebenso der irische Gesandte Enidby und mehrere andere Redner. Dem Bankett wohnten 3500 Vertreter bundesstaatlicher Behörden und der Geschäftswelt bei. — Das Bankett wurde mit der amerikanischen, der deutschen und der irischen Nationalhymne eröffnet. Ein Scheinwerfer beleuchtete eine Komposition aus der deutschen, der New Yorker und der irischen Flagge, mit der amerikanischen Flagge als Hintergrund.

Das Programm für Washington

W.D. Washington, 2. Mai. (Tel.) Das Programm für den Empfang der „Bremen“-Flieger in Washington sieht nunmehr fest. Die Flieger werden heute früh (amerik. Zeit) mit der Bahn hier einreisen. Sie werden u. a. von Staatssekretär Kellogg im Namen der Regierung offiziell begrüßt. Die Rednertribüne ist mit der amerikanischen, der deutschen und der irischen Flagge geschmückt. Im Weißen Hause wird der deutsche Botschafter die Flieger dem Präsidenten Coolidge vorstellen, der ihnen das Kreuz für hervorragende Leistung überreichen wird. Am Nachmittag werden die Flieger einen Kranz am Grabe des „Unbekannten Soldaten“ auf dem Nationalfriedhof von Arlington niederlegen. Sodann besuchen die Flieger das Kapitol. Sie werden dem Vizepräsidenten Dawes vorgestellt und von ihm im Senat eingeführt werden. Morgen früh werden die Flieger nach New York zurückkehren, um nach Fortsetzung der dortigen Feierlichkeiten die Städte Chicago, St. Louis, Detroit, Ottawa, Boston und Philadelphia zu besuchen.

Der American-Club von Berlin ehrt die deutschen Flieger

Als erste öffentliche Veranstaltung zu Ehren der deutschen Oceanflieger veranstaltete der American-Club of Berlin Dienstagabend im Kaiserhof ein Bankett. Unter den Gästen bemerkte man Botschafter Schurmann und Staatssekretär Gutbrod, Frau Reichsminister Stresemann, Vertreter der Luftflotte des Aeroclubs und der Junkerswerke. Nach Begrüßungsworten des Präsidenten des Clubs, Lincoln Greig, hielt der amerikanische Botschafter Schurmann eine Ansprache. Die Leistung sei fast ein Wunder. Auch für das Flugzeug selbst mühten wir unserer Bewunderung Ausdruck geben und den Erbauer dieses in die Glückwünsche mit einbeziehen. Auf den Bahnen der Luft und auf geistigen Pfaden kommen unsere Völker immer enger zusammen, so schloß der Botschafter und trank auf das Wohl Deutschlands, seiner heldenhaften Flieger, auf Professor Junkers und auf den weiteren Erfolg des deutschen Flugwesens.

Für den verhinderten Reichswehrminister überbrachte Staatssekretär Gutbrod den Dank der deutschen Regierung an den amerikanischen Club für diese erhabene Feier. Er gedachte u. a. in Worten tiefer Sympathie des amerikanischen Fliegerhelden Bannet, der sein junges Leben in der Hülfsleistung für die deutschen Flieger zum Opfer gebracht habe. Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Präsidenten und das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika, die amerikanische Luftfahrt und ihre heldenhaften Pioniere.

Die „Bremen“-Flieger haben von fast sämtlichen amerikanischen Großstädten Einladungen erhalten, die alle angenommen wurden. Am 8. Mai beabsichtigen die Flieger zu einem amerikanischen Rundflug zu starten.

Der Tarifserhöhungsantrag der Reichsbahn. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat ihren formellen Antrag auf Tarifserhöhung, der sich auf Beschluß der letzten Verwaltungsratsitzung stützt, dem Reichsverkehrsministerium zur Weiterleitung an die Reichsregierung zugestellt. Dem Antrag ist eine Denkschrift beigegeben, die eine eingehende Begründung enthält. Über den Inhalt erfährt die „Frankf. Ztg.“, daß die Reichsbahn-Gesellschaft u. a. einen bestimmten Vorschlag über die Einführung des Zweiklassenfahrens im Personenverkehr macht.

Eine neue französische Tageszeitung. In Paris ist eine neue Tageszeitung, die von dem Parfümeriefabrikanten Coty finanziert wird, erschienen. Sie führt den Titel „L'Amie du Peuple“. Sie ist die einzige französische Tageszeitung, die, um den breiten Volksschichten, und namentlich den Arbeitern, zugänglich zu sein, für zehn Centimes verkauft wird, während die übrigen Blätter 25 Centimes kosten. Die Vereinigung der Tagesblätter hat daher gegen Coty einen Kampf eingeleitet und die Verkaufs- und Verbreitungsstellen veranlaßt, den Vertrieb des neuen Blattes abzulehnen. Aus diesem Grunde hat Coty eine neue eigene Vertriebsgesellschaft gegründet. Er bezeichnet das neue Blatt als große Nachrichtenzeitung mit politischer Tendenz. Diese Tendenz kennzeichnet er wie folgt: Unabhängigkeit von der Finanza, Unabhängigkeit von den Politikern, Unabhängigkeit von den geheimen Verbänden. Deshalb könne das Blatt die Wahrheit sagen und werde sie sagen.

Die herabgerissene Tricolore. Ein neuer Befehlsausfall ereignete sich in Zweibrücken (Pfalz) am französischen Offizierskasino am Herzogsplatz. Dort rissen bisher unbekannte Täter die Tricolore samt Fahnenstange herab. Durch eine Polizeipatrouille wurde die zerrissene Fahne und die zerbrochene Stange im Sodel des in der Nähe stehenden Bismarckdenkmals gefunden. Der Platz wurde sofort unter polizeiliche Bewachung gestellt. Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei arbeiten gemeinsam an der Ermittlung der Täter.

Verschiedenes

Ein großer Europaflug Lindberghs

W.D. Paris, 1. Mai. (Tel.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington, beabsichtigt Oberst Lindbergh, in diesem Jahre einen zweiten Flug Amerika—Europa durchzuführen und dann eine Flugreise durch Europa und Asien zu unternehmen. Der Start würde frühestens im Juni erfolgen.

Aufgehobener Abflug der „Italia“

W.D. Stolz, 2. Mai. (Tel.) Der für die Nacht zu heute in Aussicht genommene Abflug der „Italia“ nach Spitzbergen ist verschoben worden. Gegen 1 Uhr morgens wurde der Beschluß gefaßt, von dem Start abzusehen. Anscheinend lauten die Wetternachrichten aus Skandinavien nicht sehr günstig. Über die weiteren Absichten ist noch nichts bekannt.

Badischer Teil

Landtagsabgeordneter und Bürgermeister a. D. Ziegelmeier †

bl. Langenbrüden (bei Bruchsal), 1. Mai. Das langjährige Mitglied des Badischen Landtags, Bürgermeister a. D. Josef Ziegelmeier ist nach längerem und schwerem Leiden gestern im Alter von 72 Jahren gestorben. 18 Jahre hindurch gehörte Ziegelmeier der Zentrumsfraktion des Badischen Parlaments an, wobei er hauptsächlich bei landwirtschaftlichen Debatten das Wort ergriff. 26 Jahre hindurch stand der Verstorbenen an der Spitze der Gemeinde Langenbrüden und außerdem war er viele Jahre hindurch Mitglied des Bezirksrats und des Kreisausschusses sowie der Badischen Landwirtschaftskammer, und ferner war er Vorsitzender und Ehrenvorsitzender des Verbandes Badischer Bürgermeister. Das Leben des Verstorbenen war erfüllt von Pflichttreue und Uneigennützigkeit.

Beleidigung der Justiz

Stuttgart, 2. Mai. In einer Nummer des „Südwestdeutschen Beobachter“ vom vorigen Jahre war ein Artikel erschienen, der heftige Angriffe auf den badischen Justizminister und das Amtsgericht Mosbach enthielt. U. a. wurde dem Justizminister Pflichtvergehen vorgeworfen. Die Ursache dieses Urteils war eine Gerichtsverhandlung in Mosbach wegen einer Schlägerei, die sich zwischen Nationalsozialisten und Andersgesinnten abgespielt hatte. Der damalige Redakteur des „Südwestdeutschen Beobachter“, Dr. Josef Geiger, Stuttgart, hatte sich nun wegen Beleidigung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Artikel stimmte allerdings nicht aus seiner Feder, doch hatte er seinerzeit verantwortlich gezeichnet, und war deshalb gezwungen, auch die Folgen dieser Schmähung zu tragen. Da der Angeklagte wegen ähnlicher Delikte schon vorbestraft ist, beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Das Gericht ließ es bei einer Geldstrafe von 450 M. bewenden, was ebenfalls eine empfindliche Strafe für den ehemaligen Redakteur bedeutet, da er zur Zeit erwerbslos ist und Unterstützung wegen Stellenlosigkeit bezieht.

Zentralkommission für die Rheinschifffahrt

Aber die Arbeiten der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, die vom 17. bis 28. April in Straßburg getagt hat, wird folgender Bericht ausgegeben:

Die Kommission hat in dem ihr auf dem Verfassungswege unterbreiteten, auf die Rheinschifffahrt bezüglichen Prozesse vier Urteile gefällt. Die Kommission hat eine Reihe von Änderungen an der Rheinschifffahrtspolizei angenommen. Diese Änderungen beziehen sich auf die Regelung des Verkehrs der Rheinschiffe, die durch den Aufschwung, den der Wasserport auf gewissen Abschnitten des Rheins genommen hat, nötig geworden sind. Ferner hat die Kommission beschlossen, im Jahre 1929 eine Strombefahrung auf der Strecke Mannheim bis Basel durch Techniker durchzuführen zu lassen. Die Techniker sollen damit betraut werden, die Beschaffenheit des Stromes zu untersuchen und die Wirkungen der zu dessen Verbesserung getroffenen Maßregeln festzustellen. Die Compagnie Générale pour la navigation hat die Kommission mit der Behandlung gewisser die Schiffahrtsgesellschaften interessierenden Steuerfragen beauftragt. Die Kommission hat die Regierungen auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, Besteuerungen, die mit dem Wortlaut aber mit dem Geist der Mannheim'schen Akte unvereinbar sind, zu vermeiden. Schließlich hat die Kommission die laufenden Angelegenheiten erledigt und einen zweiten Teil ihrer Beratung der Fortsetzung der Revision der Mannheim'schen Akte, und zwar namentlich des nautischen Teiles in Zollfragen gewidmet.

Die Bohrungen für den Brückenbau

bl. Mannheim, 29. April. Die Bohrungen für den Brückenbau in Ludwigshafen und Speyer sind beendet. Die Zahl der Bohrstellen beträgt in Ludwigshafen 10 (vier im Strom und sechs an Land) und in Speyer 15 (zwei im Strom und 13 an Land), die durchschnittliche Bohrtiefe 25-30 Meter. Besondere Schwierigkeiten haben sich nicht ergeben. In beiden Stellen wurde im wesentlichen meist feiner Sand festgestellt, in Ludwigshafen zeigte sich in einer Tiefe von etwa 30 Metern im Strom sowie an den Ufern blauer Lehm.

Der Blumenwettbewerb bei der Reichsbahn

Die Reichsbahngesellschaft hat vergangenes Jahr erstmals einen Wettbewerb zur Verschönerung der Bahnanlagen ausgeschrieben, der allgemein erfreulichen Anklang fand und an dem sich Reichsbahngesellschaftliche aller Dienstzweige beteiligten. Eine große Anzahl Teilnehmer konnte mit Geldpreisen und lobenden Anerkennungen bedacht werden. Um im Personal den Sinn für Verschönerung der Bahnanlagen und des Landschaftsbildes weiter zu wecken und zu fördern, wird die Reichsbahn auch dieses Jahr wieder einen Wettbewerb veranstalten, und zu diesem Zwecke eine Reihe Geldpreise zur Verfügung stellen. In besonderer Weise sollen dabei Anpflanzungen mit Blumen, Wettergewächsen und ähnlichem bedacht werden, die der Verbedung unfruchtbarer Flächen, Gebäude, Schuppen, Aborte, Müllgruben usw. dienen.

Die sichtbaren Bestrebungen der Reichsbahn, den in ihrer nächsten Zweckmäßigkeit auf das Auge des Reisenden ermüdend wirkenden Anlagen ein freundliches Aussehen zu geben, begegnen auch in der Öffentlichkeit freudigem Interesse. Sind sie doch ein schätzbares Mittel, das Reisen zu einem angenehmen, frohen Eindrücke vermittelnden und damit Erholung bringenden Ereignis zu gestalten.

Tagung der badischen Ärztekammer

Am Mittwoch, den 25. April, fand in Karlsruhe die erste Sitzung der neu gewählten badischen Ärztekammer, der gesetzlichen Vertretung der badischen Ärzteschaft statt. Der seitberige Direktor Dr. Harms, Mannheim, sowie der stellvertretende Vorsitzende Dr. König, Oberkirch, wurden einstimmig wiedergewählt. Aus der Tagesordnung sind zu erwähnen: Der Bericht über die Tätigkeit der ärztlichen Ehrengerichte und des Ehrengerichtshofes, die Verhandlungen über den akademischen Unterricht der Medizin studierenden in spezialisiertem und zweckmäßiger Ordnungswiese, ferner eine Eingabe an das Staatsministerium, welche sich gegen eine etwa geplante Heranziehung der freien Gewerbe zur Gewerbesteuer wendet. Der Bericht des Rechners zeigte die große Bedeutung der von der Ärztekammer errichteten Unterstützungskasse für die in Not geratenen Ärzte und Hinterbliebenen von Ärzten. Die Summe der jährlich zu bezahlenden Renten und Unterstützungen läßt die Beitragspflicht der sämtlichen in Baden tätigen, approbierten Ärzte als eine dringende Notwendigkeit erscheinen.

Der Bürgerausschuß Schopfheim stimmte der Regelung des Gemeindeverbandes des mittleren Wiesentales zum Zwecke des gemeinsamen Bezugs von Gas aus dem Schopfheimer Gaswerk zu. Zum Zwecke dieser Gasfernverföhrung pachtete der Gemeinderat das Schopfheimer Gaswerk.

Aus der Landeshauptstadt

Die Beisetzung Christian Schmitts

Dienstag nachmittag erfolgte auf dem Friedhof die Beisetzung des Dichters Christian Schmitt, der, wie gemeldet, am Sonntag einem längeren Leiden erlegen war. Die große Zahl der Leidtragenden, die zahlreichen Kränze und die verschiedenen Ansprachen legten Zeugnis ab von der großen Zahl der Freunde und Anhänger seiner Muse.

Die Beisetzung in der Friedhofskapelle hielt Kirchenrat Fischer, der in warmempfindlichen Worten den edlen Menschenfreund und warmempfindenden, gemütsreichen Dichter an Hand seiner Dichtungen und seines Nachlasses pries. — Namens der Badischen Landesbibliothek, an der der Verstorbene nach seiner Verdrängung aus seiner gleichartigen Stellung in Straßburg Anstellung fand, widmete der Direktor Längin dem Verbliebenen unter Niederlegung eines Kranzes einen ehrenvollen Nachruf. — Prof. Dr. Wolfram vom Wissenschaftlichen Institut der Groß-Lothringer im Reich an der Universität Frankfurt a. M., dessen eifriger Mitarbeiter und Freund Schmitt lange Jahre hindurch war, zeichnete den edlen Charakter des Verewigten, der bei aller Heimatliebe es vorgezogen hatte, die Heimat wegen seines Dichtertums zu verlassen. Dabei bemerkte er, daß es Schmitt noch vergönnt gewesen sei, in den letzten Tagen vor seinem Hinscheiden, von den Korrekturbogen seiner letzten, noch unveröffentlichten Dichtungen Kenntnis zu nehmen, die demnächst im Auftrag des Instituts erscheinen werden. — Als Vertreter der Loge „Zum treuen Herzen“, deren Mitglied der Verstorbene 28 Jahre hindurch gewesen war, sprach deren Meister vom Stuhl, Direktor Reinhardt, Mannheim. — Kammerjäger Weirauch vom Landestheater mit seiner prachtvollen Stimme sang dem Freund den Abschiedsgruß. — Am Grabe folgten dann unter zahlreichen Kranzüberlegungen noch eine Reihe von Ansprachen und Widmungen. Aus allen Worten klang heraus, welches Ansehen der Verbliebene nicht nur im Kreise seiner engeren Freunde und Kollegen, sondern weit darüber hinaus genoss.

Stellung Schaffergrund. Nach Regelung der wesentlichsten Schwierigkeiten beginnt die Schaffer-Gilde, Spar-, Kredit- und Bautafel der Schaffer-e. G. m. b. H. Karlsruhe (Stefanienstr. 74) mit einer Heimstättenföhrung auf dem früheren Neureuter Ergersplatz. Das Gelände liegt eine Strecke hinter dem Schützenhaus zwischen der Linkenheimer Straße und dem Walde. Die Käufer sollen nach dem Reichsheimstättengesetz ausgegeben, also Eigentum der Genossen werden.

Badisches Landestheater. Die nächste Aufföhrung der sich immer noch regen Besuch erfreuenden Einakterfolge „Seitenstränge“ von Kurt Geck findet am Donnerstag, den 3. Mai, statt. — Als Schölervorstellung gehen Jfens „Kronpräsidenten“ am Freitag, den 4. Mai, in Szene, und die romantische Komödie „Gyran von Bergerac“ von Edmond Rostand wird am Samstag, den 5. Mai, zum erstenmal wiederholt. Im Kongreßhaus kommt am Sonntag, 6. Mai, der Schwank „Unter Geschäftsaufsicht“ zur Wiederholung. Als nächste, auf Freitag, den 11. Mai, angelegte Eröffnungsaufföhrung befindet sich Georg Kaisers Schauspiel „Oktobertag“ in Vorbereitung.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das skandinavische Hochdruckgebiet breitet sich langsam nach Süden aus und hat in Norddeutschland bereits allgemein Aufhellung gebracht. Über Südwestdeutschland liegt augenblicklich noch eine Hochnebeldecke, die sich voraussichtlich bald auflösen wird. Wetterausichten für Donnerstag. Meist heiter, trocken und tagsüber warm bei östlicher Luftzuföhr.

Kurze Nachrichten aus Baden

bl. Mannheim, 1. Mai. Das seltene Jubiläum 50jähriger Berufstätigkeit beging heute der bei der „Neuen Mannh. Zeitung“ angestellte Faktor Heinrich Helbach, bei der er selbst seit 1884 in unermüdblicher Arbeit und Pflichttreue tätig ist. Gleichzeitig kann Helbach auf eine 50jährige Tätigkeit als aktiver Turner im Turnverein Mannheim von 1846 zurückblicken.

bl. Heidelberg, 1. Mai. Der 1. Mai wurde in der vergangenen Nacht in den verschiedenen Stadtteilen nach altem Brauch lebhaft begüßt. Auf dem Marktplatz wurde die traditionelle Maifeier der Studenten abgehalten. Ein Mitglied der Burschenschaft „Allemania“ brachte ein Lob auf die Heidelberger Einwohnererschaft, insbesondere den Heidelberger Mädchen, aus. Im Stadtteil Rohrbach sang um 12 Uhr nachts der „Lieberfranz“ vor dem Rathaus das Fröhrungslied „Im Maien“, ein alter Brauch, der wieder zu neuem Leben kommen soll.

* Knielingen, 1. Mai. Das Knielinger Pferderennen, das sich in ganz Baden und der Pfalz immer größerer Beliebtheit erfreut, findet am Sonntag, den 3. Juni d. J., auf den Rennwiesen statt. Es sind zwei Trabfahren, vier Pladrennen und zwei Hürdenrennen ausgeschrieben. Am Montag, den 4. Juni, findet Pferde- und Hohlenmarkt statt, dabei werden 15 Hohlen für die am Nachmittag stattfindende Hohlenmarktlotterie angekauft.

W.D. Freiburg, 1. Mai. Sowohl die sozialdemokratische als auch die kommunistische Partei veranstalteten heute Maifeiern. Die Kommunisten veranstalteten vormittags eine Demonstration vor dem Gewerkschaftshaus, zu der sich etwa 100 Personen eingefunden hatten. Die Sozialdemokraten und das Gewerkschaftskartell hatten in die Festhalle eingeladen. Im Rahmen eines Buntten Abends sprach der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Meier, Freiburg. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

bl. Schiltach, 2. Mai. Am Montag brannte der Pfundsteinhof in Hinterlehengericht, während die Bewohner auf dem Felde waren, vollständig nieder. Vom Inventar konnte nichts gerettet werden, dagegen wurde das Vieh in Sicherheit gebracht. Das rasende Element fand in dem Holzbau des schon Jahrzehnte alten Hauses reiche Nahrung und verbreitete sich mit fast nicht begreiflicher Geschwindigkeit über das ganze Anwesen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	2. Mai		1. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.44	168.77	168.36	168.70
Kopenhagen 100 Kr.	112.03	112.20	112.02	112.24
National 100 L.	22.005	22.045	22.005	22.045
London 1 Pf.	20.981	20.421	20.379	20.419
New York 1 D.	4.1775	4.1855	4.1770	4.1850
Paris 100 Fr.	16.425	16.465	16.43	16.47
Schweiz 100 Fr.	80.47	80.63	80.515	80.675
Wien 100 Schilling	58.78	58.88	58.78	58.90
Prag 100 Kr.	12.379	12.399	12.377	12.397

Die Preussische Central-Vobankredit-A.G. zu Berlin legt, wie aus dem Interzessionsertraglich, bis zum 22. Mai d. J. 5 000 000 M. 8 Proz. Gold-Kommunal-Schuldenverschreibungen vom Jahre 1927 zur öffentlichen Zeichnung auf. Die Rückzahlung dieser Schuldenverschreibungen durch die Gesellschaft erfolgt nach Kündigung oder Auslösung, die zum ersten Vertage eines jeden Kalendervierteljahres mit einmonatiger Frist zulässig sind. Bis zum 1. Februar 1933 ist eine Kündigung ausgeschlossen; eine Auslösung darf bis dahin nur in Höhe derjenigen Beträge erfolgen, welche auf die den Schuldenverschreibungen als Deckung dienenden Darlehen durch Tilgungsbeiträge bei der Gesellschaft eingehen. Die Tilgung der gesamten Anleihe muß bis 1. April 1938 beendet sein. Die Kommunal-Schuldenverschreibungen der Gesellschaft sind nach preussischem Gesetz mündelsicher und werden von der Reichsbank beliehen. Sie sind ausgefertigt in Abschnitten zu 5000, 2000, 1000, 600, 200 und 100 M.; die Zinscheine sind halbjährlich zahlbar, der zunächst fällige am 1. Oktober 1928. Der Zeichnungskurs ist auf 95,25 Proz. festgesetzt. In der Höhe dieser Goldschuldenverschreibungen bereits eingeföht; ihr Kurs notierte leßhin 96 Proz. Die Abnahme der zugewiesenen Stücke kann nach Wahl der Zeichner sofort oder bis zum 15. Juni 1929 erfolgen. Zeichnungstellen sind an allen Vorkontenplätzen und mehreren anderen Orten eingerichtet.

Staatsanzeiger

Sammlungen

Der „Vereinigung Evangelischer Frauenverbände Deutschlands“ in Berlin-Schöneberg wird unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs auf Grund der Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 143) und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) die Genehmigung erteilt, zugunsten der Errichtung eines der Aufnahme von berufstätigen und in der Berufsausbildung befindlichen Mädchen dienenden „Erbolungsheims für deutsche Mädchen“ Geldsammlungen durch Werbeschriften, Zeitungsaufträge und mündliche Werbung zu veranstalten unter folgenden Bedingungen:

1. Die Erlaubnis gilt bis zum 1. April 1929.
 2. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nicht als Sammler verwendet werden.
 3. Die als Sammler zugelassenen Personen haben sich der Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk sie jeweils in Tätigkeit treten, zu melden und einen polizeilich abgestempelten Ausweis bei sich zu föhren.
 4. Die mündliche Werbung darf nicht den Charakter einer Sammlung von Haus zu Haus annehmen.
- Karlsruhe, den 1. Mai 1928.
Der Minister des Innern
K e m m e l e

Amliches Bahnhofsverzeichnis 1928

Das amtliche Bahnhofsverzeichnis 1928 der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, im Buchformat Din A 5 (148 x 210), ist soeben im Selbstverlage des Reichsbahn-Zentralamts, Berlin SW 11, Halle'sches Ufer 35/36, erschienen. Das Verzeichnis ist nach amtlichen Unterlagen aufgestellt; es enthält in Buchstabenfolge alle Bahnhöfe der Deutschen Reichsbahn, der Saarbahn, der deutschen Privatbahnen und die Bahnhöfe der deutschen Kleinbahnen, die für den Güterverkehr eingerichtet sind.

- Es sind angegeben:
- a) bei jedem Bahnhof die Direktion oder Bahn, zu der der Bahnhof gehört, etwaige Dienstbeschränkungen;
 - b) bei den Bahnhöfen der Reichsbahn, Saarbahn und Privatbahnen die Strecke, an der der Bahnhof liegt;
 - c) bei den Bahnhöfen der Reichsbahn weiter die am Orte vorhandenen selbständigen Dienststellen, die dem Bahnhof vorgesetzten Amt und die am Orte vorhandenen Ausbesserungswerke;
 - d) bei den Bahnhöfen der Kleinbahnen der Übergangsbahnhof und die Entfernung vom Kleinbahnhof zum Übergangsbahnhof (für die günstigste Frachtabrechnung).

Das Bahnhofsverzeichnis enthält auch ein genaues Anschriftenverzeichnis der Reichsbahndirektionen, der Direktionen der Privat- und Kleinbahnen und der Amt und Ausbesserungswerke der Reichsbahn.

Diese Angaben sind für alle Verkehrtreibenden und für viele Wirtschaftskreise von besonderem Werte, weil sie in dieser übersichtlichen und erschöpfenden Darstellung anderweitig bisher nicht zusammengetragen sind. Das Verzeichnis wird daher in Handels- und Industriekreisen als wichtiges Nachschlagewerk sehr willkommen sein. Der Verkaufspreis beträgt nur 2,50 M.

Bestellungen nehmen die Bahnhöfe, Kassen und Abfertigungen der Reichsbahn entgegen; sie können auch unmittelbar beim Reichsbahn-Zentralamt (0191) Berlin, Halle'sches Ufer 35/36, aufgegeben werden.

Maul- und Klauenföche

Nach Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 1. Mai 1928 verzeichnet:
Amtsbezirke: Bühl. Gemeinden: Ottersweier.
Frozheim: Königsbach.
Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuröhrsetzungen usw. der Mannhögigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Franz Köfing in Östringen, Amt Bruchsal, Oberverföhrer Karl Ganninger beim polizeilichen Arbeitshaus in Kislau zum Werkmeister daselbst, Aufseher Karl Stadtmüller beim polizeilichen Arbeitshaus in Kislau zum Oberaufseher daselbst.

Zu den Ruhestand versetzt:
Revisionsoberinspektor Wilhelm Herrel beim Bezirksamt Rehl auf Ansuchen.

Zurückgesetzt kraft Gesetzes:
Gendarmeriekommissar Joseph Ladenmeier in Ettlingen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Den aus der Reihe der ordentlichen Professoren der Universität Heidelberg ausgeschiedenen 1. Sekretär des Archäologischen Instituts in Rom Professor Dr. Ludwig Curtius zum ordentlichen Honorarprofessor an der Universität Heidelberg; der außerordentliche Professor an der Universität Heidelberg, Dr. Eberhard Freyherren von Königberg, zum ordentlichen Mitglied der Badischen Historischen Kommission.
Zeichenerkandidat Wilhelm Sauter am Realgymnasium mit Oberrealschule in Weinheim, zum Zeichenlehrer an die Realschule in Ladenburg, Amt Mannheim.

Jahrmarkt für Jung und Alt

Städt. Ausstellungshalle Karlsruhe
Heute Mittwoch

8-7 Uhr: Konzert, Kinderbelustigungen
 1/2 4 Uhr: Kinderreigen, Puppenwagenwettbewerb
 4 Uhr: Kinderkabarett (Marionetten-Theater)
 8-1 Uhr: Konzert und Tanz
 1/2 9-1/2 11 Uhr: Kabarett (Marionetten-Theater)
 1/2 9 Uhr: Tanzschar und allgemeiner Tanz

548

Gammstraße 3 / Telephon 4879 / Neben der Bad. Presse

ERICH BRAUN

Das Spezial-Geschäft für
Haus und Küche

ist eröffnet

Große Auswahl! Prima Ware!
 Billigste Preise

547

Städtische Sparkasse Wertheim a. M.

Oeffentliche Sparkasse

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	15 369,82	1. Spareinlagen	1 073 950,19
2. Guthaben bei Girozentrale, Reichsbank, Postsparkassamt	124 867,73	2. Aufwertungs-Spareinlagen	465 163,98
3. Wertpapiere	27 952,-	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	202 578,04
4. Wechsel	53 773,60	4. Rücklage-Reservefonds	27 906,03
5. Darlehen in laufender Rechnung	480 649,28	5. Reingewinn vom Jahre 1927	25 348,75
6. Darlehen geg. Hypothek	230 519,-		
7. Gemeinde-Darlehen	318 245,01		
8. Grundstückskaufgelder	870,50		
9. Lombard-Darlehen	2 601,-		
10. Darlehen auf Schuldschein	135 466,-		
11. Aufwertungs-Forderungen	239 799,04		
12. Aufwertungs-Abrechnungs-Konto	160 652,19		
13. Einnahmen-Rückstand	4 185,82		
14. Einrichtungs-Gegenstände	1,-		
Summe	1 794 951,99	Summe	1 794 951,99

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 1 276 528,23 RM Einlagen = 63 826,41 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 53 254,78 RM
 Somit weniger = 10 571,63 RM

Wertheim, den 21. April 1928. R.20
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Baron. Der Geschäftsleiter: G. G. H.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

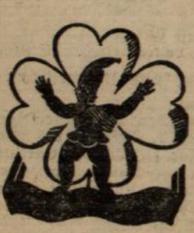
Staats-Lotterie

Die Auszahlung der Gewinne aus der 1. Klasse, sowie die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse der

31./257. Preuß.-Südd. Klassenlotterie

beginnt am

Samstag, den 28. April 1928
 in meinen beiden Geschäften.
 Schluß der Erneuerung: 534
8. Mai 1928.



Zwerg
 Badischer Lotterien-Einnehmer
 Karlsruhe i. B.
 Hebelstraße 11 und
 Waldstraße 38
 Telephon 4828
 Postscheckk. 17808

Städtische Sparkasse Oppenau.

Oeffentliche Sparkasse.

Bilanz per 31. Dezember 1926 und 1927.

Vermögen.	1926	1927	Schulden.	1926	1927
1. Kassenbestand	7 350,46	6 132,60	1. Spareinlagen	430 324,01	642 067,11
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkassamt	13 413,26	26 675,94	2. Giroeinlagen	65 130,06	74 554,79
3. Wertpapiere	1,-	1,-	3. Anlehens- und andere Schulden	49 532,96	90 922,35
4. Wechsel	1,-	3 568,72	4. Rücklagen		
5. Darlehen auf Hypothek	341 935,32	528 652,56	a) gesetzlicher Reservefond	9 740,29	16 642,28
6. Darlehen auf Schuldschein	68 826,42	96 313,73	b) Aufwertungsstock	670,-	15 432,99
7. Darlehen an Gemeinden und öffentl. Körperschaften	130 771,85	188 630,23	5. Reingewinn	6 901,99	10 356,26
8. Verträglichkeiten	1,-	1,-			
	562 299,31	849 975,78		562 299,31	849 975,78

Berechnung der Rücklagen 1926.
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 495 454,07 RM Einlagen = 24 772,70 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres = 17 312,28 RM
 somit weniger = 7 460,42 RM

Oppenau, den 26. April 1928. R.21
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Bruder. Der Geschäftsleiter: Bächle. Der Kontrolleur: Junge.

Berechnung der Rücklagen 1927.
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 716 621,90 RM Einlagen = 35 831,05 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres = 26 998,54 RM
 somit weniger = 8 832,51 RM

Centralboden

Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft

Von unseren neuen

8 1/2 Gold-Komm.-Schuldverschreibungen

vom Jahre 1927, mit April-Oktober-Zinsen,
 — nach Preuß. Gesetz mündelsicher —

die an der Berliner Börse bereits amtlich notiert werden und deren Zulassung an den Börsen von Frankfurt a. M., Hamburg, Köln und Leipzig beantragt ist, legen wir

5 000 000 Goldmark

zum Kurse von **95,25%**
 — zusätzlich Stückzinsen vom 1. April bis zum Abnahmetage —
 zur Zeichnung auf.

Die Zeichnung findet statt
vom 2. bis zum 22. Mai 1928,
 früherer Schluß vorbehalten,
 bei der Preussischen Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft,
 Direction der Disconto-Gesellschaft
 und deren Zweiganstalten,
 S. Bleichröder, Berlin,
 Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln,
in Karlsruhe (Baden) bei der Badischen Bank
 Straus & Co.
 Süddeutschen Disconto-Gesellschaft N.G. Filiale
 Karlsruhe

und bei den sonstigen Zeichnungsstellen sowie bei allen Bankfirmen und Sparkassen, wo auch ausführliche Prospekte zu beziehen sind.

Die Abnahme der Stücke kann jederzeit bis 15. Juni d. J. geschehen.

Die Sicherheit der Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen beruht auf in ein besonderes Gold-Komm.-Darlehnsregister eingetragenen gleichwertigen Darlehen, welche die Gesellschaft an Körperschaften des öffentlichen Rechts oder an wirtschaftliche Unternehmungen unter voller Garantie solcher Körperschaft gewährt hat.

Eine Kündigung ist bis 1933 ausgeschlossen. Die Tilgung muß spätestens 1938 beendet sein.

Stücke über 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Goldmark. Unsere Gold-Schuldverschreibungen sind von der Reichsbank zur Beilehung zugelassen.

Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft
 Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49 546

Bekanntmachung.
 Die Besetzung des Bezirkes I im Amtsbezirk Weinheim.
 Der Bezirke I mit dem Sitz in Weinheim und umfassend die Stadtgemeinde Weinheim mit dem Weiler Nächstebach ist alsbald zu besetzen.
 Schriftliche Bewerbungen sind gemäß § 7 der Raminierungsordnung vom 29. November 1921 bis 20. Mai 1928 hierher einzureichen. R. 999
 Den Bewerbungen sind die in § 7 Absatz 1 der genannten Verordnung vorgeschriebenen Unterlagen beizufügen.
 Weinheim, den 19. April 1928.
 Bad. Bezirksamt.

Bei der Stadtgemeinde Donaueschingen ist die Stelle des **Polizei-Oberwachtmeisters** wegen Zurücksetzung des bisherigen Inhabers auf 1. Juli 1928 zu besetzen. S. 545
 Personen, welche die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht, oder eine bestimmte Mindestzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben, wollen ihre Bewerbungen bis spätestens 20. Mai d. J. unter Anschluß von Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche einreichen an das **Bürgermeisteramt Donaueschingen.**

Detektiv-Institut u. Privat-Konkurrenz
Argus Mannheim
 O 6, 6
 Planken
 Telefon 33305
 A. Maler & Co., G.m.b.H.

Leser Bücher
 Wissen ist Macht!

Badisches Landes-Theater
 Donnerstag, 3. Mai
 D 26 (Donnerstagsmiete).
 Th.-Gem. 1401-1550

Geitenprinz
 von Kurt Goek
 In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Weiden
 Die Taube in der Hand
 Balthasar Dahlen
 Adolar Leitgeb
 Alice Bertram
 Beatrice Quajfer

Der Hund im Hirn
 Professor v. d. Trend
 Frau Professor Mietens
 Litteri Brand
 Johann Tobby Prütter

Herr Schulze
 Frau Willer
 Bobby Kneble
 Tobby Höder
 Stubenmädchen Center

Minna Magdalena
 Professor Müller
 Frau Professor Ziegler
 Carl Berg
 Minna Mademacher

Anfang 191/2 Ende 22
 I. Rang und I. Sperrstuh
 5 RM

Fr. 4. Mai: Die Kronpräsidenten. Sa., 5. Mai: Cyrano von Bergerac.

COLOSSEUM
 Vom 1.-15. Mai
 täglich
 8 Uhr abends
Brasilianische Revue
 Sascha Morgowa

R.28. **Wißl i. B.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Josef Braun, sowie deren Inhaber in Wühlertal wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. **Wißl i. B., 30. April 28. Bad. Amtsgericht.**

R.29. **Wiesloch.** Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma S. Salomon Söhne, Zigarrenfabriken in Waldorf wird nach Festätigung des Vergleichs aufgehoben. **Wiesloch, den 26. April 28. Bad. Amtsgericht.**

Wiesloch. R.00
 In das Güterrechtsregister Band I Seite 286 wurde eingetragen: Robert Wösch, Malermeister u. dessen Ehefrau Elise geb. Müller in Sennfeld: Durch Ehevertrag vom 16. Juli 1927 ist vollständige Gütertrennung unter Ausschließung der Verwaltung und Nutzung des Ehegutes gemäß § 1426 ff. B.G.B. bestimmt.
 Wiesloch, 1. Mai 1928. **Wiesloch, Amtsgericht.**